



Bremischer Haushalt voller Risiken – Senat handelt verantwortungslos

Die Finanzsenatorin setzt den bremischen Haushalt verschiedenen Risiken aus, die in den kommenden Jahren zu einer erheblichen Belastung werden können.

1. Hohe Refinanzierungsquote – Haushaltsmakulatur

Die Höhe der notwendigen Refinanzierungen ist in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen. Im Jahr 2010 wurden noch rund 6 Mrd. Euro am Kreditmarkt aufgenommen, für die Jahre 2012 und 2013 ist dieser Betrag auf rund 9 Mrd. Euro angestiegen. Auch wenn die Zinsen derzeit historisch niedrig sind, erwächst bei einer immer größeren Menge an kurzfristigen Krediten die Gefahr, bei steigenden Zinsen erheblichen Mehrausgaben ausgesetzt zu sein. Bremen wird damit immer abhängiger von den Zinsschwankungen und der aktuelle Haushalt erweist sich als Makulatur.

Besonders problematisch ist dies vor dem Hintergrund der vom Senat geforderten Euro-Bonds. Diese würden auch für die bremischen Kreditaufnahmen, die derzeit von der für Deutschland günstigen Situation profitieren, erhebliche Mehrbelastungen bedeuten. Bei einem Zinsaufschlag von 1,5-2% durch die Euro-Bonds kämen auf Bremen zwischen 250 und 350 Mio. Euro Mehrausgaben zu! Angesichts solcher Zahlen ist die Forderung des Senats schlicht unverantwortlich.

2. Ansätze für Personalkosten ungenügend

Die Ansätze für Personalausgaben im bremischen Haushalt sind ungenügend und unrealistisch. Die angenommenen Tarifsteigerungen von 0,9% jährlich haben sich bereits in diesem Jahr als nicht ausreichend erwiesen. Mit den zu niedrigen Ansätzen belügt der Senat die Öffentlichkeit und schafft Risiken, die nicht akzeptabel sind. Die im Rahmen der dieses Jahr stattgefundenen Tarifverhandlungen getätigte Aussage, man wolle mit einem niedrigen Ansatz eine gute Verhandlungsposition schaffen ist schlicht eine Ausrede.

Die Zielzahlen der Personalentwicklung sind in den vergangenen Jahren fast durchgehend nicht erreicht worden. Der Senat ist nicht in der Lage, eine dem Haushalt angemessene Personalpolitik zu betreiben. Ursachen hierfür sind:

- Fehlender Wille bei der Umsetzung des Personalentwicklungsplanes
- Eine Vielzahl von Dienststellen, die so klein gestaltet werden, dass sie von Personaleinsparungen ausgenommen werden
- Hohe Eingruppierungen der Beschäftigten im Vergleich zu anderen Bundesländern
- Häufige Umwandlung weniger gut dotierter Stellen in besser bezahlte
- Unrealistische Haushaltsansätze

Vor diesem Hintergrund fordert die Bremer FDP:

1. Neuordnung der Refinanzierung von Krediten

Die immer stärker ausgeweitete kurzfristige Refinanzierung von Krediten ist mit einer verantwortungsvollen Haushaltsführung nicht vereinbar. Mittel- und langfristige Kredite schaffen Planungssicherheit und reduzieren das Risiko, durch stark steigende Zinsen die Kontrolle über den Haushalt zu verlieren. Das Land Niedersachsen nutzt grundsätzlich keine kurzfristigen Finanzierungsformen. Zur Refinanzierung und Neuaufnahme von Krediten sollte nur auf langfristige Kredite zurückgegriffen werden, deren Laufzeit mindestens 5 Jahre beträgt.

2. Personalkosten neu kalkulieren

Für die Personalkosten müssen realistische Anschläge insbesondere für die Tarifierhöhungen vorgenommen werden. Weiterhin müssen Schlupflöcher bei der Personaleinsparquote (PEP-Quote) geschlossen und niedrigere Eingruppierungen vorgenommen werden. Die Abschaffung niedrig dotierter Stellen zugunsten höher dotierter Stellen ist einzustellen. Die FDP fordert eine langfristige verlässliche Personalentwicklungsplanung für alle Bremer Senatsressorts.